

SVP Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

April 2022

Die Schweiz braucht eine starke Armee

Seite 5



Wie soll man den Kriegsvertriebenen helfen?

Seite 13



SVP-Erfolge in Bern, Obwalden und Nidwalden

Seite 15



Volksabstimmungen vom 15. Mai Seiten 7-11 Zwangsgorganspende **NEIN**



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 15. Mai 2022

Wollen Sie die Änderung vom 1. Oktober 2021 des Bundesgesetzes über Filmproduktion und Filmkultur (**Filmgesetz, FiG**) annehmen?

Antwort

Nein

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 15. Mai 2022

Wollen Sie die Änderung vom 1. Oktober 2021 des Bundesgesetzes über die Transplantation von Organen, Geweben und Zellen (**Transplantationsgesetz**) annehmen?

Antwort

Nein

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 15. Mai 2022

Wollen Sie den Bundesbeschluss vom 1. Oktober 2021 über die **Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands** annehmen?

Antwort

Ja

Die Schweiz braucht eine starke SVP

Linke Journalisten und Politologen prügeln auf die SVP ein. Sie verkennen: Wir sind die stärkste Partei im Land und kämpfen als einzige politische Kraft konsequent für Freiheit und Sicherheit. Gemeinsam werden wir die Wahlen 2023 gewinnen.

Es ist wieder einmal SVP-Bashing angesagt. Unser Gegner behaupten, die SVP habe Sympathien für Putin, sei in einem Formtief, habe die falschen Themen und keine Führung. Das ist offensichtlich falsch: Die SVP ist die stärkste politische Kraft in unserem Land! Sprechen wir über Fakten. Ich besuche die Kantone und bin im regen Austausch mit den Sektionen – von Genf bis St. Gallen und von Basel bis Lugano. Dabei fällt mir auf: Unsere Themen Sicherheit und Freiheit sind nicht nur richtig – sie sind so aktuell wie noch nie! Die SVP ist die einzige Partei, die sich konsequent einsetzt für eine Stärkung der Armee, für mehr heimisch produzierte Lebensmittel und für eine sichere Stromversorgung.

Fakt ist zudem: Seit 2019 konnten wir wichtige Erfolge verbuchen. Wir haben die Abstimmungen zum Burkaverbot, zu den schädlichen Agrarinitiativen und zum extremen CO2-Gesetz gewonnen. Das Nein zum linken CO2-Gesetz zeigt, dass sich unser jahrelanger Kampf

für eine vernünftige Energiepolitik gelohnt hat. Auch in der Corona-Krise zeigte sich: Nur dank unserem Widerstand hatten wir in der Schweiz eine einigermaßen vernünftige Massnahmen-Politik. Erfolge gab es bei den Wahlen in den Kantonen Wallis und Freiburg, wo die SVP wieder in der Regierung vertreten ist. Bei den Kantonsratswahlen gab es auch Verluste. Aber bleiben wir auch hier bei den Fakten! Im Vergleich zu SP, FDP und Mitte hat die SVP am wenigsten Mandate verloren.

Doch damit dürfen wir uns nicht zufriedengeben. Wir wollen bei den eidgenössischen Wahlen im nächsten Jahr zulegen. Dafür braucht es das Engagement von uns allen. Ich wiederhole es gerne: Die SVP ist programmatisch auf Kurs. Wir stehen ein für die bewaffnete Neutralität, für einen hohen Selbst-

versorgungsgrad mit Nahrungsmitteln und für eine unabhängige, sichere und kostengünstige Energieversorgung.

Die Schweiz braucht eine starke SVP. Und eine starke SVP braucht motivierte, kämpferische Mitglieder. Kämpfen wir gemeinsam für eine sichere und freie Schweiz! Ich kann Ihnen versichern: Als Präsident gebe ich alles für den Erfolg der SVP. Mit der Unterstützung von euch allen werden wir gewinnen. Ich zähle auf euch.

Marco Chiesa
Ständerat und Präsident
der SVP Schweiz



«Die links-grüne Energiestrategie ist klar gescheitert»

Die Versorgungslücke beim Strom sei dramatisch, sagt Nationalrätin und Unternehmerin Magdalena Martullo-Blocher. Im Interview präsentiert sie die Forderungen der SVP und sagt, dass die sichere, unabhängige und kostengünstige Stromversorgung der Schweiz an die Hand zu nehmen und auch durchzusetzen sei.

Frau Martullo-Blocher, verschiedene Bundesstellen warnen vor einer schweren Strom-Mangel-lage bereits in wenigen Jahren. Wie schlimm ist die Situation?

Dramatisch. Die links-grüne Energiestrategie basiert auf einer Importstrategie. Die EU hat aber selber zu wenig Strom. Solarzellen produzieren im Winter wegen geringer Sonneneinstrahlung wenig, Strom fehlt bereits im Winter 2024/25. Auch ein massiver Ausbau von Solarzellen löst die Lücke deshalb nicht.

Wo liegen die Ursachen für dieses sich abzeichnende Debakel?

Die links-grüne Energiestrategie 2050 ist klar gescheitert. Links-Grün gaukelt mit Luftschlössern den Bürgerinnen und Bürgern vor, dass die Alternativ-Energien die Versorgung sicherstellen würden. Das ist verantwortungslos. Wir müssen endlich mit den Realitäten umgehen, die Probleme aufnehmen und lösen.

Es herrscht der Eindruck, dass sich die Verantwortlichen – vom Bundesrat bis zur Stromwirtschaft – den Schwarzen Peter zuschieben und niemand das Heft in die Hand nimmt.

Bundesrätin Sommaruga ist für die Energie verantwortlich. Sie behauptet, dass für die Versorgung die Stromkonzerne und damit deren Aktionäre, die Kantone, verantwortlich seien. Diese entgegnen aber, sie seien jetzt privat und könnten ohne Rücksicht auf die Landesversorgung im Inland und Ausland schalten und walten. Deshalb fordern wir von der SVP, dass die sichere, unabhängige und kostengünstige Stromversorgung der Schweiz an die Hand zu nehmen

und auch durchzusetzen ist. Darüber wäre dann auch eine Volksabstimmung möglich.

Was müssen wir tun, um diese Forderung der SVP zu erreichen?

Verschiedene Varianten müssen seriös geprüft werden. Auch die Vor- und Nachteile der verschiedenen Energieformen sind aufzuzeigen und müssen abgewogen werden. Wollen wir einen weiteren Ausbau der CO2-freien, bewährten Wasserkraft wirklich durch eine Fliege verhindern lassen, wie es das Bundesgericht gerade entschied? Die politischen Rahmenbedingungen, vor allem bezüglich Bewilligungsverfahren und Einsprachen, sind zu überdenken. Bereits heute müssen wir die Ablösung der AKW angehen, sonst sind wir zu spät. Dabei sind auch neue Technologien mitzubersichtigen, aber auch AKWs!

Wie können der Mittelstand und die Unternehmen vor steigenden Energiepreisen und Abgaben geschützt werden?

Indem die Energie, die eigentlich günstig ist, nicht weiter massiv über Subventionen und mit Abgaben und Steuern verteuert wird! Der SVP-Vorstoss, Steuern auf Treibstoffen zu senken, kam wegen der aktuell hohen Benzinpreise durch, Abgaben von 7 Rappen/Liter fallen damit

weg. Die Subventionierung von Alternativenergie aber kostet laut Bundesrätin Sommaruga allein den Bund bereits 7 Milliarden Franken! Unsere Selbstversorgung mit Energie müssen wir, wie bei den Lebensmitteln und der Armee auch, wieder stärken. Damit sind wir den internationalen Märkten und Mächten weniger ausgesetzt!



Unternehmerin und Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher setzt sich in der Wirtschaftskommission für eine sichere, unabhängige und günstige Stromversorgung der Schweiz ein. "Links-Grün gaukelt den Bürgerinnen und Bürgern vor, dass die Alternativ-Energien die Versorgung sicherstellen würden. Das ist verantwortungslos."

Unsere Nahrungsmittelproduktion ist zu stärken

Die Ukraine und das westliche Russland gehören zu den bedeutenden Exporteuren von Getreide, Ölfrüchten wie Sojabohnen und Dünger. Der Krieg hat deshalb Auswirkungen auf die weltweite Nahrungsmittelversorgung und zeigt, dass die Schweiz unabhängiger von Importen werden muss.



von Martin Haab
Nationalrat
Mettmenstetten (ZH)

Die Ukraine wird seit Generationen als der Brotkorb Europas bezeichnet. Sie ist die Nummer eins in Europa in Bezug auf landwirtschaftlich nutzbares Kulturland, das sich für den Ackerbau bestens eignet. In den vergangenen Jahren hat die Ukraine Nahrungsmittel produziert, die laut Statistik 600 Millionen Menschen ernähren können.

Nordafrika, aber auch in Europa. Auch die Schweiz ist betroffen. Die Attacken auf die ukrainischen Schwarzmeerhäfen Mariupol und Odessa sowie die Zerstörung von Infrastrukturen im Landesinnern, behindern die Exporte stark.

Fehlender Dünger führt weltweit zu schlechteren Ernten

Auch wird in diesem Frühjahr das Ansäen der Kulturen kaum möglich sein. Das landwirtschaftliche Personal wurde in die Armee eingezogen und die Verfügbarkeit von Treibstoffen für die Betriebe ist eingeschränkt. Davon betroffen ist die Aussaat von Sommergetreide, Mais, Soja und vor allem von Sonnenblumen. Allein die weltweite Sonnenblumenölproduktion stammt zu über 50 Prozent aus der Ukraine.

Die Lieferungen von Getreide aus Russland werden ebenso fehlen und die gestörte Versorgung mit Düngemitteln wird weltweit reduzierte Erträge im gesamten Anbau zur Folge haben.

Die Folgen des links-grünen Öko-Diktats

Die Schweiz importiert nur einen kleinen Teil ihrer Agrargüter direkt aus der Ukraine und Russland. Einmal abgesehen vom Dünger, da war Russland ein sehr wichtiger Partner. Viele Importe in unser Land kommen laut Zollstatistik zwar aus der EU, haben ihren Ursprung jedoch im Kriegsgebiet. So zum Beispiel gentechnikfreie Sojabohnen, die in Deutschland zu Sojaöl verarbeitet werden.

Das übrigbleibende Sojaextraktionsschrot findet danach den Weg in die Schweiz und wird hier vor allem in der Geflügel- und Schweinehaltung eingesetzt. Somit hat der Krieg eine direkte Auswirkung auf die Versorgung der Schweiz mit Nahrungs- und Futtermitteln sowie mit Dünger.

Unsere Agrarpolitik hat sich in den letzten Jahren unter dem Druck des links-grünen Öko-Diktats in eine Richtung bewegt, die die Produktion von heimischen Nahrungsmitteln zweitrangig gemacht und der Extensivierung einen immer grösseren Stellenwert gegeben hat.

Alle produktionsenkenden Massnahmen, die bereits in der Praxis Anwendung finden und die in den nächsten Jahren zusätzlich umgesetzt werden sollen, sind vom Bundesrat zu überdenken. Der aktuelle Konflikt zeigt uns schonungslos auf, dass wir gut daran tun unsere inländische Versorgung mit Nahrungsmitteln zu stärken und dabei die Abhängigkeit von Importen zu senken.



Der Krieg in der Ukraine gefährdet weltweit die Nahrungsmittelversorgung. Deshalb braucht die Schweiz dringender denn je eine starke, produzierende Landwirtschaft und weniger Abhängigkeit vom Ausland.

Der Krieg in der Ukraine gefährdet die Versorgungssicherheit vieler Länder, speziell im Nahen und Mittleren Osten, in

Ob das letzten Herbst angesäte Wintergetreide im Sommer geerntet werden kann, ist ebenfalls ungewiss.

Die Armee ist das letzte Mittel zur Verteidigung unserer Freiheit!

Der Krieg in der Ukraine hat die Welt in Schock versetzt. Was sich viele nicht mehr vorstellen wollten, ist bittere Realität: Wir haben wieder Krieg in Europa. Nur dank der SVP gibt es überhaupt noch eine Landesverteidigung. Die Armee braucht jetzt dringend mehr Budget und Soldaten.



von David Zuberbühler
Nationalrat
Herisau (AR)

Wir leben nicht in einer friedlichen Welt, wie das die Armee-Abschaffer allzu lange glaubten. Was haben sich linke Medien und Parteien über die «Kalten Krieger» der SVP lustig gemacht. Nun zeigt sich: Frieden ist nichts Selbstverständliches. Und während niemand weiss, wie sich dieser Krieg in der Ukraine entwickelt, wird uns drastisch vor Augen geführt, wie wichtig eine in jeder Hinsicht gut ausgerüstete Armee ist.

Unsere Milizarmee sichert den Bürgerinnen und Bürgern Leib und Leben, das Eigentum, die direktdemokratischen Rechte und letztlich unser Staatsterritorium. Sie schützt und verteidigt unser Land und die Menschen vor jeder gewalttätigen Gefahr von aussen. Deshalb darf dieses letzte Mittel zur Verteidigung unserer Freiheit nie versagen!

Kommission sagt Ja zu höherem Armeebudget

Die Schweiz hat eine Verteidigungsarmee. Wir haben keine Armee, um andere Länder anzugreifen, sondern um unsere Unabhängigkeit zu wahren. Darum ist die Schweiz weder Mitglied der NATO, noch gehört sie der EU mit ihrer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik an. Unser Land vertraut auf seine bewährte bewaffnete Neutralität. Diese hat uns seit über 200 Jahren vor blutigen Konflikten bewahrt.

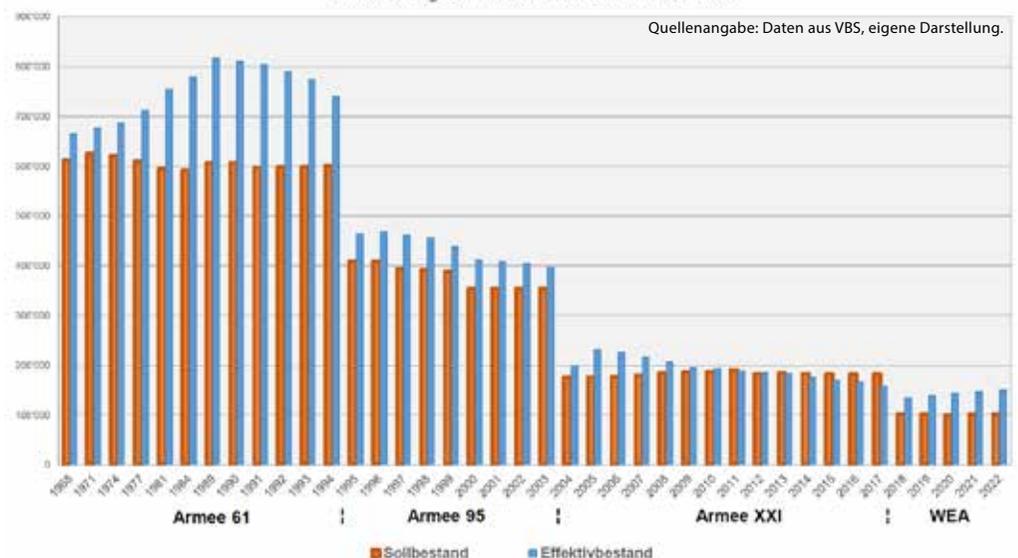
Aufgrund der geopolitischen Ereignisse ist es jetzt definitiv Zeit, die Armeeaussgaben deutlich zu erhöhen. Unsere

Armee erhält aktuell nur rund 0.7 Prozent des Bruttoinlandproduktes. Das ist einer der tiefsten Werte weltweit und viel zu wenig, wenn man bedenkt, dass die Zielgrösse der NATO bei 2 Prozent liegt. Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates hat die Zeichen der Zeit endlich erkannt. Mit 13 zu 9 Stimmen hat sie an ihrer März-Sitzung eine Motion eingereicht. Dieser Vorstoss beauftragt den Bundesrat, die Armeeaussgaben ab 2023 schrittweise zu erhöhen. Bis 2030 soll die Armee mindestens 1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes oder 7 Milliarden zu Verfügung haben. Der Vorstoss kommt demnächst ins Parlament.

serer Bundesverfassung aktuell nicht mehr erfüllt werden. Aus einem ganz einfachen Grund: Unsere Armee wäre im Ernstfall schlicht zu klein. Kein Wunder, schliesslich wurde der Armeebestand seit dem Ende des Kalten Krieges von über 600'000 (Armee 61) auf aktuell 100'000 Armeeangehörige (WEA) laufend verkleinert.

Es ist Krieg in Europa! Die Sicherheit sollte für unser Land wieder oberste Priorität haben. Nur so können wir unsere Unabhängigkeit und Freiheit auch in Zukunft wahren. Dabei ist die bewaffnete Neutralität nach wie vor das adäquateste Mittel, die Interessen der Schweiz im Kriegsfall zu wahren. Sie

Entwicklung der Bestände der Armee 1968 - 2022



Aufgrund linker Utopien ist unsere Armee im Laufe der Jahre massiv geschrumpft. Der Krieg in der Ukraine führt uns jedoch drastisch vor Augen, dass die Sicherheit in der Schweiz wieder oberste Priorität haben muss.

Bewaffnete Neutralität auch heute gültig

Schrittweise zu erhöhen ist aber auch der Armeebestand, das wichtigste Instrument gegen verschiedenste Bedrohungen. Unter militärischen Gesichtspunkten könnte der Verfassungsauftrag nach Artikel 58 un-

setzt aber eine glaubwürdige Landesverteidigung voraus. Der Ukraine-Konflikt zeigt geradezu beispielhaft, dass ein Land auch im 21. Jahrhundert seine Freiheit nicht bloss im Cyberraum verteidigen muss, sondern auf dem Feld. Leisten wir uns eine Armee, die unsere Sicherheit verteidigen kann!

Zwangs- Organspende?

Darf der Staat auf den Körper seiner Bürger zugreifen? Mit dem Transplantationsgesetz passiert genau das! Dies macht alle, die nicht klar Nein sagen, automatisch zu Organspendern. Schweigen bedeutet aber nicht Zustimmung! Deshalb Nein zum Transplantationsgesetz.

➔ **Es darf nicht sein, dass das Recht auf Unversehrtheit des Körpers eingefordert werden muss!**

Art. 10 Abs. 2 der Bundesverfassung garantiert das Recht auf körperliche und geistige Unversehrtheit und auf Selbstbestimmung. Dieses Recht wird mit dem neuen Gesetz gebrochen! Der Staat hat aber die Bürger zu schützen und ihre Rechte zu garantieren.

➔ **Die Nationale Ethikkommission** lehnt das Transplantationsgesetz ab, weil es das Recht auf Unversehrtheit verletzt. Zudem verlangt die medizinische Ethik, dass für jede medizinische Handlung, selbst für eine Blutentnahme, eine ausdrückliche Zustimmung des Patienten nötig ist. Und nun soll dies beim grössten aller Eingriffe, nämlich bei der Organentnahme, aufgehoben werden?

➔ **Keine Ausbeutung der sozial Schwächsten!**

Vielen Menschen aus einfachen Verhältnissen wird es schwerfallen, ihren Widerspruch eintragen zu lassen. Sollen sie gegen ihren Willen zu Zwangs-Organspendern werden?



NEIN

Nein zur Zwangs- Organspende

Die von Bundesrat und Parlament vorgesehene Änderung des Transplantationsgesetzes kommt einer Organspendepflicht sehr nahe und verletzt das in der Verfassung garantierte Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit und Selbstbestimmung. Die Vorlage ist deshalb abzulehnen. Der Mangel an Organen soll vielmehr mit der Überzeugung der Bevölkerung zur freiwilligen Spende gelöst werden.



von Albert Rösti
Nationalrat
Uetendorf (BE)

Dank erfolgreichem Referendum kann die Bevölkerung am 15. Mai über die Änderung des Bundesgesetzes über die Transplantation von Organen, Geweben und Zellen (Transplantationsgesetz) abstimmen.

Heute muss von einer verstorbenen Person eine Zustimmung zu Lebzeiten für eine Organspende vorliegen, damit transplantiert werden darf. Wenn keine Zustimmung vorliegt und keine Angehörigen einer Organentnahme zustimmen, ist diese verboten. Insbesondere auch dann, wenn es keine Angehörigen mehr gibt.

Der Bundesrat und die Mehrheit des Parlaments wollen nun dieses „Zustimmungsmodell“ in eine „Widerspruchslösung“ umwandeln. Wer nach seinem Tod keine Organe spenden will, muss dies neu vorgängig und ausdrücklich festhalten. Ohne Widerspruch und ohne ein Veto der nächsten Angehörigen dürfen nach dem Tod Organe und Gewebe automatisch entnommen werden.

Das ist ein erheblicher Eingriff in das verfassungsmässig garantierte Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit und Selbstbestimmung. In Zukunft müsste dieses Grundrecht aktiv eingefordert werden. Sonst verkommt der eigene Körper faktisch zum Staatseigentum, das nach

Belieben als Ersatzteillager verwendet werden darf.

Leider fand das Erklärungsmodell keine Mehrheit

Auch wenn die Organspende eine sinnvolle, wichtige und notwendige Angelegenheit ist, muss jeder Mensch freiwillig darüber bestimmen können. Bei der Widerspruchslösung wird diese Selbstbestimmung arg beschnitten. So wird es

Natürlich ist die Notwendigkeit einer Erhöhung der Anzahl Organspender gegeben. Die SVP hat deshalb im Rahmen der Debatte im Parlament das „Erklärungsmodell“ eingebracht. Mit diesem würden alle Bürgerinnen und Bürger angeschrieben und aufgerufen, sich mit der Organspende zu befassen und nach Möglichkeit im Sinne der heute bestehenden Lösung einer solchen zuzustimmen. Leider fand dieses Modell im Parlament keine Mehrheit.



In einem freiheitlichen Land muss auch bei der Frage der Organspende die Selbstbestimmung überwiegen. Deshalb am 15. Mai Nein zum Transplantationsgesetz!

immer Leute geben, die nicht wissen, dass sie sich zu Lebzeiten gegen eine Organspende äussern müssten, wenn diese nicht gegen ihren Willen erfolgen soll. Es wird nie möglich sein, mit Informationen alle Leute zu erreichen. Die Angehörigen, die dann entscheiden sollten, werden einem erheblichen Druck ausgesetzt, unter Umständen auch gegen den Willen des Verstorbenen, im Sinne der Solidarität zu entscheiden.

In der schwierigen Güterabwägung zwischen der Notwendigkeit einer Erhöhung der Anzahl Organspender und dem Grundrecht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper muss in einem freiheitlichen Land die Selbstbestimmung überwiegen.

Deshalb gehört am 15. Mai ein klares Nein zur Änderung des Transplantationsgesetzes in die Urne.

Ja zur Intensivierung des Grenzschutzes

Gegen den Willen der SVP und anderer EU-kritischen Organisationen hat die Schweizer Stimmbevölkerung 2005 dem Schengen/Dublin-Abkommen zugestimmt. Damals wie heute gab und gibt es gute Gründe dagegen. Aber Frontex ist eine wichtige Säule von Schengen und hat in der Flüchtlingskrise von 2015 an Bedeutung gewonnen.



von Barbara Steinemann
Nationalrätin
Regensdorf (ZH)

Eine ganze Armee mit bis zu 10'000 Mann soll bis Ende 2027 an den EU-Aussengrenzen bereitstehen. Das Budget wird dann eine Milliarde Euro betragen. Der Schweizer Beitrag bleibt immer bei rund 4,5 Prozent. Das sind neu 61 statt wie bis anhin 24 Millionen Franken pro Jahr.

grenzen und unterstützt die Staaten bei der Rückschaffung von illegalen Migranten. Sie arbeitet mit über 20 Ländern ausserhalb der EU zusammen und wird zahlreiche Schwachstellen ausbessern wie die Luftüberwachung und die Kontrolle von Dokumenten intensivieren.

Die Ziele des Referendumskomitees stehen dem Auftrag von Frontex diametral entgegen. Das Referendumskomitee, das sind in erster Linie die Asylaktivisten von der No-Border-Bewegung. Ein Nein am 15. Mai würde bloss den Interessen jener dienen, die für sichere und le-

Referendumsführer sind unter anderem die Jusos, die Klimastreik-Kinder, die GSoA, die Grünen, das Flüchtlingsparlament, das Feministische Streikkollektiv, die Autonomen und die Bewegung für den Sozialismus: Sie alle sind interessiert daran, dass die Schlepptaxis reibungslos funktioniert. Sie wollen, dass niemand im Mittelmeer die vielen Migranten zurückhält. Mit ihnen darf die SVP keine Allianz bilden.

Ein Nein zu Frontex kann sich die Schweiz nicht leisten

Frontex funktioniert schlecht und das Konstrukt von Schengen, wonach die Aussengrenzen rigoros geschützt und an den Binnengrenzen bloss Waren kontrolliert werden sollen, funktioniert gar nicht. Aber solange die Schweiz Schengen-Mitglied ist, sind wir auf den Aussengrenzschutz angewiesen. Ein Nein zur Frontex wäre unserer Sicherheit abträglich.

Es gibt keine Alternative zu dieser Institution, die illegale Migration schon weit weg von Mitteleuropa abhält. Und für die Bewältigung gewisser Probleme wie der illegalen Migration macht ja eine Zusammenarbeit mit anderen Ländern durchaus Sinn. Ein Ja der SVP zu diesem Reformschritt ist kein Grundsatzentscheid für das marode Schengen-System.

Dieses Management an den Aussengrenzen ist durchaus im Sinne der SVP. Würden wir als Partei Frontex bekämpfen, würde das bei der nächsten Flüchtlingswelle auf uns zurückfallen und das können wir uns nicht leisten. Sagen Sie deshalb am 15. Mai Ja zu Frontex.



Solange die Schweiz Schengen-Mitglied ist, sind wir auf den Aussengrenzschutz angewiesen. Und für die Bewältigung der illegalen Migration ist eine Zusammenarbeit mit anderen Ländern sinnvoll.

Die Grenzschutzagentur Frontex koordiniert die Zusammenarbeit im Bereich der irregulären Migration sowie beim Schutz der gemeinsamen Aussen-

gale Fluchtwege, für ambitionierte Umsiedlungs-Programme, Flüchtlingskontingente und einen grosszügigen Familiennachzug kämpfen.

Schengen und Frontex – nach Abwägung ein klares Nein!

Die EU-Aussengrenzen sind löcherig wie ein Knöpfli sieb. Ihren Schutz auszubauen ist bloss teuer und ineffizient. Jedes Land – auch die Schweiz – kann den Grenzschutz selbst viel wirksamer garantieren.



von Andreas Glarner
Nationalrat
Oberwil-Lieli (AG)

Die Schweiz gehört zum Schengen-Sicherheitsverbund. Die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) unterstützt die Schengen-Staaten operativ bei der Kontrolle der Schengen-Aussengrenzen. Die Schweiz arbeitet seit über zehn Jahren mit Frontex zusammen. Seit Ende 2019 wird Frontex in der EU ausgebaut. Mit dem Ausbau erhält Frontex mehr Geld und mehr Personal. Die Schweiz soll nun ihren Anteil an dieser Reform übernehmen. Diese Vorlage verspricht eine effizientere Kontrolle der Aussengrenzen. Sie bringt aber auch mehr Kosten und mehr Personal. Dagegen wurde von linker Seite das Referendum ergriffen.

Die SVP war im Abstimmungskampf 2005 gegen das Abkommen. Und alles, was wir damals als Argumente gegen das Abkommen angeführt haben, ist eingetreten. Wir haben die Verantwortung für unsere Grenze an die EU delegiert – wir dürfen unsere Grenzen nicht mehr selbst kontrollieren, sondern müssen hoffen, dass an der EU-Aussengrenze richtig kontrolliert wird. Und natürlich sind die Aussengrenzen der EU löcherig wie ein Knöpfli sieb.

Teuer und ineffizient

Der Bundesrat lobt das Schengener Informationssystem (SIS). Ja, gewisse Erfolge sind dort zu verzeichnen

und es ist gut, dass wir beim SIS mitmachen. Aber diese Leistung könnten wir auch einkaufen. Und überhaupt: Ist es sinnvoll, die eigenen Grenzen nicht mehr zu kontrollieren, diese Kontrollen an die EU zu übertragen – und dann zu hoffen, dass dies dann richtig gemacht wird? Natürlich nicht. Und gerade deshalb, weil praktisch einfach jeder unkontrolliert einreisen kann, müssen wir uns auf das Fahndungssystem stützen. Es ist also absurd, die dort erzielten Er-

mehr: 2021 knapp 24 Millionen Franken; 2022 sind es rund 38 Millionen. Doch nun kommt es knüppeldick: Die Kosten steigen gemäss Vorlage sogar auf 61 Millionen Franken im Jahr 2027!

Schengen ist im Interesse der EU

Die Vorlage umfasst zudem auch humanitäre Ausgleichsmassnahmen im Asylrecht. Die Rechtsmittel der Asylsuchenden werden gestärkt und die Unterstützung bei Beschwerdeverfahren



Die SVP war im Abstimmungskampf 2005 gegen das Schengen-Abkommen. Alles, was wir damals als Argumente angeführt haben, ist eingetreten: Wir haben die Verantwortung für unsere Grenze an die EU delegiert – die Kontrollen funktionieren nicht und das System ist teuer und ineffizient.

folge zu feiern – denn würden wir selbst kontrollieren, wäre die Wirkung deutlich besser.

Natürlich kostet uns das Ganze auch viel mehr, als damals versprochen. Man sprach im Abstimmungskampf von 2.3 Millionen Franken – und nun spricht der Bundesrat in einer Anfrage vom 14. Juni 2021 plötzlich von «es bitzeli»

wird ausgeweitet. Falls die Schweiz diese Schengen-Weiterentwicklung ablehnt, endet ihre Zusammenarbeit mit den Schengen- und Dublin-Staaten automatisch – es sei denn, die EU-Staaten und die EU-Kommission kommen der Schweiz entgegen. Und das werden sie sicher – denn das Abkommen ist eindeutig im Interesse der EU! Darum am 15. Mai ein klares «Nein» zu Frontex!

Klares JA zur bewaffneten Neutralität und zu einer sicheren Zukunft in Freiheit

Die Delegierten der SVP Schweiz stehen zur Neutralität unseres Landes. An ihrer Versammlung in Chur haben sie eine Resolution verabschiedet, in der sie den Bundesrat auffordern, zur dauernden, bewaffneten und umfassenden Neutralität zurückzukehren. Weiter haben die Delegierten die Parolen für die Abstimmungen vom 15. Mai 2022 gefasst: Sie sagen klar Nein zum Transplantationsgesetz sowie zum Filmgesetz (Lex Netflix) und JA zu Frontex.

Die in unserer Verfassung verankerte Neutralität ist eine der tragenden Säulen der Eidgenossenschaft und garantiert unserem Land Sicherheit und Frieden.

Doch die anderen Parteien und die Mehrheit des Bundesrates hätten den Kopf verloren, so Roger Köppel: «Sie sind unter dem Druck aus dem Ausland eingebrochen und haben die Neutralität, das wichtigste Sicherheitsinstrument der Schweiz preisgegeben.» Parteipräsident Marco Chiesa verglich

die Schweizer Politik mit einem Hühnerhaufen und kritisierte, dass FDP-Präsident Thierry Burkart eine Anbindung der Schweiz an die NATO fordert. Der Bundesrat müsse wieder zur dauernden, bewaffneten und umfassenden Neutralität zurückkehren, befanden auch die Delegierten und verabschiedeten eine entsprechende Resolution.

Insgesamt nahmen 328 Delegierte und 76 Gäste an der Versammlung in Chur teil.



Nationalrat Roger Köppel bei seiner Rede zur Neutralität an der DV in Chur.



ELEKTRISIERT FÜR IHR LEBEN.



Seit über 25 Jahren Experten in der Elektrifizierung.
Jetzt elektrisch durchstarten mit bis zu 10 Jahren Garantie.

Service-aktivierte 10-Jahres-Garantie oder 160'000 km ab 1. Immatrikulation für alle Toyota Fahrzeuge (es gilt das zuerst Erreichte). Detaillierte Informationen finden Sie in den Garantiebestimmungen auf toyota.ch.

IMPRESSUM

SVP-KLARTEXT | SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 53'000 | Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | klartext@svp.ch | www.svp.ch | Bildquellen: SVP Schweiz, Goal AG, VBS/DDPS (T.Cunz; N. Pitaro), Parlamentsdienste 3003 Bern, Unsplash.com

Fernsehkonsument staatlich regulieren? – NEIN danke!

Mit dem neuen Filmgesetz will uns der Staat erneut bevormunden. Die sogenannte «Lex Netflix» drückt uns eine skandalöse Sondersteuer auf und schreibt den Konsumenten mit einer Filmquote vor, was sie schauen sollen. Ein ordnungspolitischer Sündenfall!



von David Trachsel
Präsident Junge SVP
Grossrat, Basel (BS)

Das neue Filmgesetz schreibt Schweizer Privatsendern wie 3+ oder blue TV von Swisscom sowie Streaming-Dienstleistern wie Netflix, Disney+ oder Amazon Prime vor, vier Prozent ihres Bruttoumsatzes der Schweizer Filmförderung abzuliefern. Es ist klar: Diese ungerechte Sondersteuer wird am Schluss auf die Konsumenten überwältigt. Das heisst, wir alle werden mit höheren Streaming-Abgebühren und deutlich längeren TV-Werbeblöcken bestraft. Ausgenommen ist alleine die von Zwangsgebühren finanzierte SRG. Deren Vormachtstellung wird durch die Schwächung der privaten Konkurrenz weiter gefestigt.

30% «Europa-Quote»: Absurder Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit

Streaming-Dienstleister werden neu dazu gezwungen, 30 Prozent ihres

Angebots mit Filmen und Serien aus Europa zu befüllen. Diese absurde Filmquote, die ihren Ursprung in der EU hat, schreibt uns Bürgern den privaten Fernsehkonsum vor. Das neue Filmgesetz schafft einen fatalen Präzedenzfall und ist ein schwerwiegender Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit! Um Schweizer Schriftsteller zu fördern, könnte man als nächstes auch Buchhandlungen eine solche

sollen private Unternehmen selbst entscheiden, was sie anbieten möchten.

Filmlobby schon heute privilegiert

Die Schweizer Filmschaffenden werden schon heute mit viel Geld subventioniert. Allein im Jahr 2019 waren es über 120 Millionen Franken. Damit werden leider allerlei Filmprojekte realisiert, die das Publikum wenig interessieren. Und Filme, die als Beitrag zur «Kulturförderung» ver-

teidigt werden, sind in Realität oft nur linke Machwerke. Dabei würde auch im Film gelten, was überall in der Wirtschaft gilt: Qualität setzt sich durch.

Doch die Schweizer Filmlobby setzt stattdessen auf den «Nanny-Staat», der ihre Existenz mit Quoten und Zwang auf Kosten anderer sichern soll. Das müssen wir bekämpfen, denn es geht nicht an, dass Parlamentarier den Konsum von jungen Leuten besteuern und mit

diesem Geld ihre Klientel bedienen.

Die Junge SVP hat zusammen mit anderen Jungparteien das Referendum gegen die missratene Änderung des Filmgesetzes ergriffen. Bitte stimmen Sie am 15. Mai NEIN zu diesem Filmgesetz.



Die Mitte-Links-Mehrheit des Parlaments trifft mit der "Lex Netflix" das Portemonnaie der Streaming-Konsumenten. Das Angebot wird teurer und schlechter. Sagen Sie deshalb NEIN zum Filmgesetz!

«Europa-Quote» vorschreiben. Oder noch absurder: man schreibt allen Restaurants vor, 30 Prozent ihrer Menüs müssten europäische Gerichte sein. Wir aber finden: Jeder Schweizer Bürger soll selbst entscheiden dürfen, was er konsumieren möchte. Genauso



Politik mitgestalten? Abwechslungsreiche Tätigkeit in einem engagierten Team?

Wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in im Generalsekretariat der grössten Partei der Schweiz

Das Generalsekretariat ist das Dienstleistungszentrum der SVP. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter unterstützen die Partei mit ihrem fachlichen Knowhow und organisatorischem Können. Hauptaufgaben sind: Unterstützung der Kommissionsdelegationen und der Fraktion, Erarbeiten von parlamentarischen Vorstössen und Positionspapieren, Vorbereitung und Begleitung eidgenössischer Wahlen und Abstimmungen.

Das Generalsekretariat der Schweizerischen Volkspartei (SVP) sucht **per 1. Juli oder nach Vereinbarung** eine/n

wissenschaftliche/n Mitarbeiter/in (100%)

Ihr Profil:

- Hochschulabschluss oder eine vergleichbare Ausbildung
- Interesse an der schweizerischen Politik
- Gewandtheit im mündlichen und schriftlichen Ausdruck
- Gute Informatikkenntnisse (insbesondere Word und Excel)
- Selbstständige, präzise und effiziente Arbeitsweise mit hoher Einsatzbereitschaft
- Französischkenntnisse

Ihre Aufgaben:

- Unterstützung des wissenschaftlichen Teams bei der Betreuung und Koordination der Kommissionsdelegationen und der Fraktion
- Erstellen von Vorlagen und Verfassen von Texten für die parlamentarische Arbeit
- Mitarbeit bei der Ausarbeitung parlamentarischer Vorstösse
- Verantwortung über diverse Fachdossiers (z.B. Bildung, Gesundheit, Finanzen, Sicherheit, Aussenpolitik, Verkehr usw.) auf dem Generalsekretariat
- Erarbeiten von Grundlegendokumenten/Positionspapieren
- Planung und Ausführung von Projektarbeiten und Anlässen
- Unterstützung der Kommunikation

Was wir Ihnen bieten:

- Mitgestaltung von politischen Themen, über welche Sie morgen in der Zeitung lesen
- Abwechslungsreiche Tätigkeit in einem engagierten Team
- Attraktive Entlohnung und Sozialleistungen
- Sehr gut erschlossener Arbeitsort (öV, Parkplatz) mit moderner Infrastruktur
- Einen unbefristeten Arbeitsvertrag
- 42-Stunden-Woche und 5 Wochen Ferien

Schicken Sie bitte Ihre vollständige Bewerbung an: Raphael Vogel, Fraktionssekretär, E-Mail: vogel@svp.ch, für Rückfragen: 076 385 18 11 - www.svp.ch

LEASEN. FAHREN. ERLEBEN.

LEASING AB
CHF 339.-*



MITSUBISHI ECLIPSE CROSS PHEV

*Leasingbeispiel: Eclipse Cross PHEV Value, 188PS, Energieverbrauch Strom 24.2kWh/100km, Normverbrauch Benzin 2.0l/100km, CO₂-Emission gesamt 46g/km; Energieeffizienz-Kategorie B. Bis zu 55km rein elektrische Reichweite (City). Barkaufpreis CHF 39'950.- inkl. MWST. Leasingrate CHF 339.-/Mt., Laufzeit 36 Monate, 10'000km/Jahr, Sonderzahlung CHF 9'987.-, effektiver Jahreszins 1.09%, exklusiv obligatorischer Vollkasko-Versicherung. Die Multilease AG darf keine Finanzierung gewähren, falls sie zur Überschuldung des Leasingnehmers führt. Aktion gültig vom 1.1.2022 bis 30.6.2022.

Abb. Eclipse Cross PHEV Diamond, Energieverbrauch Strom 24.2kWh/100km, Normverbrauch Benzin 2.0l/100km; CO₂-Emission gesamt 46g/km; Energieeffizienz-Kategorie B. Bis zu 55km rein elektrische Reichweite (City).



Die Herausforderung liegt in der Anzahl geflüchteter Menschen

Mitte März beschloss der Bundesrat die Einführung des sogenannten Schutzstatus S für Personen aus der Ukraine. Der Bund rechnet mit rund 50'000 Flüchtlingen bis zum Frühsommer. Die Kantone sprechen sogar von 200'000 bis 300'000 Personen bis Ende Jahr. Die Herausforderung für unser Land wird auf jeden Fall gewaltig sein.



von Martina Bircher
Nationalrätin und
Gemeinderätin, Aargau

Mit dem Kriegsausbruch in der Ukraine müssen täglich hunderttausende Zivilisten – vorwiegend Frauen und ihre Kinder – fliehen. Statt junge männliche Asylmigranten aus Afrika oder dem Nahen Osten, welche über x-sichere Drittstaaten zu uns kommen, flüchten nun wirklich Menschen vor Krieg, Tod und Leid.

Die Solidarität und das Verständnis in der Bevölkerung sind gross, zumal es um Menschen aus Europa geht. Die Gemeinden sind schlussendlich für die Unterkunft und Betreuung, für die Beschulung der Kinder sowie die Auszahlung der Sozialhilfe zuständig. Die grösste Herausforderung wird neben der Unterbringung die Beschulung der Kinder sein. Unser Schulwesen ist schon seit Jahren unter dem massiven Migrationsdruck an seine Grenzen gekommen. Die Qualität des Unterrichts nimmt spürbar ab. Es gibt grosse Defizite vor allem in den Grundlagenfächern Deutsch und Rechnen.

Kinder separat beschulen

Innerhalb von zwei Wochen sind bereits über 3'000 schulpflichtige Kinder in die Schweiz eingereist. Zum Vergleich: 2015 kamen etwas mehr als 1'000 syrische Kinder – in einem ganzen Jahr! Deshalb ist es wichtig, dass die ukrainischen Kinder separat beschult werden, wenn

möglich mit ukrainischen Lehrkräften, welche ebenfalls geflüchtet sind.

In meiner Gemeinde sind bereits 20 Ukrainer angekommen. Es braucht Übersetzer für die Betreuung. Doch ich bin überzeugt, dass sich die meisten der Geflüchteten relativ schnell zurechtfinden werden: Sie besitzen eine Ausbildung, haben ähnliche Werte und Grundvorstellungen – auch in der Kindererziehung. Jetzt stehen eher Praxisfragen im Raum: Wer beschafft, wo Möbel? Denn ein Obdach ohne Mobiliar ist nutzlos. Oder was ist mit der Hausratversicherung? Und wer haftet, wenn ein in der Ukraine zugelassenes Fahrzeug einen Unfall hat?

Asylmigranten ausschaffen für die echten Flüchtlinge!

Es sind ganz andere Fragestellungen als die sonstigen Problematiken mit Asylbewerbern. Jetzt geht es vor allem um die sehr hohe Anzahl von geflüchteten Menschen und wie wir diesen Andrang bewältigen können. Deshalb wäre es endlich an der Zeit, kriminelle und abgewiesene Asylmigranten in ihre Länder abzuschieben, um Platz zu schaffen für die echten Flüchtlinge.

Weiter muss genau hingeschaut werden, wer in unser Land kommt. Wenn unbürokratisch

ein Schutzstatus vergeben wird, ist immer auch Tür und Angel offen für Missbrauch. Wenn die Bevölkerung merkt, dass die «Falschen» kommen, nimmt die Solidarität schnell ab. Bereits werden Stimmen laut, dass der Schutzstatus nicht aberkannt werden soll, wenn der Krieg vorbei ist. Da Frauen und Kinder Anrecht auf Familiennachzug haben, ist es naheliegend, dass nach Kriegsende die Männer nachkommen.

Der Bund zahlt den Kantonen pro Person 3'000 Franken Integrationspauschale. Dabei sollte Bundesbern jedoch Wort halten. Das heisst: Der Schutzstatus ist ein vorübergehender Schutz, mit dem Ziel, dass diese Menschen nach Kriegsende wieder zurückkehren. Dafür braucht es selbstverständlich Hilfe zum Wiederaufbau. Dann bleibt auch die Solidarität der Bevölkerung bestehen.



Aus der Ukraine flüchten derzeit hauptsächlich Frauen sowie Mütter mit ihren Kindern. Ihr Ziel sind die Nachbarstaaten zur Ukraine, insbesondere Polen und Ungarn. Die SVP fordert den Bundesrat auf, in den Aufnahmeländern Hilfe vor Ort zu leisten, statt die Kriegsvertriebenen in die Schweiz zu bringen.

**NEW
SUZUKI**

VITARA

VOLLHYBRID-4x4

BEREITS
FÜR **Fr. 31 990.-**
ODER
AB **Fr. 204.-/MONAT**



SUZUKI FAHREN, TREIBSTOFF SPAREN: New Suzuki Vitara Compact+ Vollhybrid 4x4, 6-Gang Automat, Fr. 31 990.-, Treibstoff-Normverbrauch: 6.1l/100 km, Energieeffizienz-Kategorie: B, CO₂-Emissionen: 137 g/km; **Hauptbild:** New Suzuki Vitara Compact Top Vollhybrid 4x4, 6-Gang Automat, Fr. 35 990.-, Treibstoff-Normverbrauch: 6.1l/100 km, Energieeffizienz-Kategorie: B, CO₂-Emissionen: 137 g/km.

Leasing-Konditionen: 24 Monate Laufzeit, 10 000 km pro Jahr, effektiver Jahreszins 0.9% Vollkaskoversicherung obligatorisch, Sonderzahlung: 30% vom Nettoverkaufspreis. Der Leasingzinssatz ist an die Laufzeit gebunden. Ihr offizieller Suzuki Fachhändler unterbreitet Ihnen gerne ein individuell auf Sie zugeschnittenes Leasing-Angebot für den Suzuki Ihrer Wahl. **Sämtliche Preisangaben verstehen sich als unverbindliche Preisempfehlung inkl. MwSt.** Diese Konditionen sind gültig für all Leasingverträge und die Fahrzeug-Immatrikulation ab 14.2.2022 bis auf Widerruf. Eine Leasingvergabe ist verboten, falls sie zur Überschuldung der Konsumentin oder des Konsumenten führt.



SUZUKI

Die kompakte Nr. 1

www.suzuki.ch

Breite bürgerliche Allianz Schlüssel zum Erfolg in Bern



von Manfred Bühler
Präsident SVP Bern
Cortébert (BE)



Die kantonalen Wahlen vom 27. März 2022 in Bern haben es wieder gezeigt: Mit breiten bürgerlichen Allianzen kann die Linke in die Schranken verwiesen werden. So hat das bürgerliche Ticket für den Regierungsrat mit Pierre Alain Schnegg (SVP), Christoph Neu-

haus (SVP), Philippe Müller (FDP) und Astrid Bärtschi (Mitte, neu) obsiegt. Wir dürfen dabei in Anspruch nehmen, mit unserem Engagement die Basis zur Sicherung der bürgerlichen Mehrheit gelegt zu haben.

Im Grossen Rat bleibt die SVP klar grösste Partei mit 44 von 160 Sitzen. Das Ergebnis ist mit 25,8 % solide. In 4 von 9 Wahlkreisen konnten wir zulegen. 2 Sitze gingen leider durch fehlende Listenverbindungen verloren. Ziel ist es, diese in 4 Jahren wieder zurück zu holen.

Viele Anlässe, lokale Themen: Erfolgreiche Wahlen für die SVP Nidwalden



«Miär hend Sorg zu Nidwaldä» - die Nidwaldner SVP setzte in ihrer erfolgreichen Wahlkampagne auf regionale Themen.



von Roland Blättler
Landrat, Präsident
SVP NW, Kehrsiten (NW)



Die SVP Nidwalden hat einen sehr engagierten Wahlkampf geliefert: mit Wahlmobil, Videos, Inseraten und Anlässen. Unter dem Motto «Miär hend Sorg zu Nidwaldä» besuchten unsere Kandidaten sämtliche Gemeinden. Kantonale Veranstaltungen zur

drohenden Strom-Krise und mit Bundesrat Ueli Maurer fanden grosses Publikumsinteresse. Als einzige Partei setzte die SVP auf Nidwaldner Themen: zum Beispiel die Stärkung des lokalen Gewerbes bei öffentlichen Beschaffungen und die Grenzen des integrativen Unterrichts. Die SVP konnte ihre Sitze im Kantonsparlament halten. Die beiden Regierungsräte Michèle Blöchlinger und Res Schmid wurden deutlich wiedergewählt. Mit Armin Odermatt scheiterte die SVP nur knapp am dritten Sitz in der Exekutive.

Obwalden hat die Regierung und den Kantonsrat neu gewählt

Landammann Daniel Wyler konnte den vor vier Jahren erstmals für die SVP gewonnenen Regierungsratssitz erfolgreich verteidigen, die SVP Obwalden ihren Wähleranteil um 1.1% ausbauen.



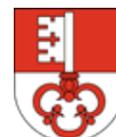
V.l.n.r. Kantonsratspräsident (21/22) Christoph von Rotz, Nationalrätin Monika Rüegger, Regierungsrat und Landammann (21/22) Daniel Wyler.

Trotzdem, das Proporzpech hat uns zwei Sitze im Kantonsrat gekostet. Die CVP konnte aufgrund der Listenverbindung mit der erstmals angetretenen GLP drei Sitze zulegen, obwohl sie 1.7% Wähleranteile verlor. Die grossen Verlierer sind die CSP (Halbierung der Sitze) und die SP mit -2. Die GLP ist neu mit 2 Sitzen vertreten.

Nach über 100 Jahren ist mit der Abwahl von Maya Büchi die FDP nicht mehr in der Obwaldner Regierung vertreten. Die CVP-Mitte holt ihren zweiten Regierungsratssitz zurück. Aus einer bürgerlich-liberalen Warte ist diese Entwicklung bedauerlich, die Politik der Obwaldner Regierung dürfte etatistischer werden und nach links kippen. Dafür hat das Wahlvolk unsere Politik mit 25.6% Wähleranteil goutiert und damit bestätigt, dass wir mit unserer verbindlich bürgerlich-liberalen Art des Politisierens auf dem richtigen Weg sind.



von Monika Rüegger
Präsidentin SVP OW und
Nationalrätin, Engelberg



PRODUCTION SCHWEIZER FILMLOBBY
 DIRECTOR ABZOCKER
 CAMERA TEUER
 DATE 15. MAI SCENE BUNDESHAUS

NEIN! ZUM FILMGESETZ

KONSUMENTENFEINDLICH,
 UNGERECHT UND BEVORMUNDEND

am 15. Mai
filmgesetznein.ch

